Saarländischer Boule-Verband

SBV - Rechtsordnung 01.03.1996 14.13

- 6. Die Berufung ist als unbegründet zurückzuweisen, wenn die Berufungseinlegung ohne Begründung erfolgt.
- 7. Stellen sich bei der Berufungsverhandlung Verfahrensmängel der "I. Instanz" heraus, so kann die Berufungsinstanz das Verfahren zur erneuten Verhandlung an die "I. Instanz" zurückweisen.
- 8. Die Einlegung der Berufung hat keine aufschiebende Wirkung. Die Berufungsinstanz kann aber eine aufschiebende Wirkung bewilligen, mit Ausnahme der automatischen Sperre bei Verstößen gegen die Sportdisziplin.

D) Wiederaufnahme

§ 14

- Die Wiederaufnahme des durch rechtskräftiges Urteil abgeschlossenen Verfahrens zugunsten des Verurteilten ist nur zulässig, wenn
 - a) vorher gegen das erstinstanzliche Urteil Berufung eingelegt worden war,
 - b) neue Tatsachen oder Beweismittel vorgebracht sind, die allein oder in Verbindung mit den früher erhobenen Beweisen die Freisprechung des Betroffenen oder eine wesentlich andere Entscheidung zu begründen geeignet sind,
 - c) der Wiederaufnahmeantrag spätestens sieben Tage nach Erlangung der Kenntnis von den unter Buchstaben b) genannten Tatsachen und Beweismittel bei dem Rechtsausschuß eingeht, der das angefochtene Urteil in "I. Instanz" erlassen hat.
- 2. Der Wiederaufnahmeantrag ist in dreifacher Ausfertigung per Einschreiben bei dem Rechtsausschußvorsitzenden einzureichen, der die erstinstanzliche Entscheidung erlassen hat.
- 3. Über den Wiederaufnahmeantrag entscheidet der Vorsitzende des zuständigen Rechtsausschusses nach Anhörung der Beisitzer, die an der angefochtenen Entscheidung mitgewirkt haben.
- 4. Ist der Antrag nicht form- und fristgerecht eingereicht oder ist darin kein für die Wiederaufnahme rechtfertigender Grund geltend gemacht, so ist der Antrag als unzulässig zu verwerfen.
- 5. Gegen die Verwerfung des Antrages steht dem Verurteilten das Rechtsmittel der Berufung zu, wobei der Rechtsausschuß "II. Instanz" in anderer Besetzung zu entscheiden hat.

E) Begnadigungsrecht

§ 15

Das Begnadigungsrecht steht dem Vorstand des SBV zu.

Vor einer Entscheidung über das Gnadengesuch ist der Rechtsausschußvorsitzende des Rechtsausschusses zu hören, der das betreffende Urteil in letzter Instanz erlassen hat.

Ein Gnadengesuch ist nur dann zulässig, wenn mindestens die Hälfte der erkannten Strafe abgegolten ist. Gnadengesuche sind unmittelbar an den Vorstand des SBV zu richten.

F) Gebühr

§ 16

1. Die Gebühr beträgt bei

a) Berufungseinlegung 150,00 DM = 76,69 Euro b) Wiederaufnahmeverfahren 200,00 DM = 102,26 Euro

Die angeführten Gebühren müssen innerhalb der Frist von sieben Tagen auf dem Konto des SBV eingezahlt werden.

Bei nicht rechtzeitiger Einzahlung verfallen Berufung und Wiederaufnahmeantrag.

2. Die og. Gebühren verfallen bei Ablehnung.

Die Gebühren können ganz oder teilweise zurückgezahlt werden, wenn den Rechtsmitteln ganz oder teilweise stattgegeben wird.

Bei Rücknahme von Rechtsmitteln wird die Gebühr nach Abzug der bereits entstandenen Kosten zurückgezahlt.